Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 18 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 295. Dienstag den 22. October 1889. 83. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden laut hier erstatteter Anzeige:

1) ein Koffer von Juchtenleder, mit grauem Leinwandüberzug, 2 gelben Messingschlössern und 2 starken Riemen, vier Eck gelernt, mit abgerundeten Ecken, enthaltend einen schwarzen Frack-Anzug mit der Firma „E. Römisch, Prag" am Frack, einen Sommeranzug, grauschwarz carrirt, am Rock die Firma: Oberkommer, Innsbruck", ein Salonrock, schwarz, mit Weste und Hose, letztere mit der Firma des Hofschneiders „Anton Chvastil, in Prag", ein Paar Salon-Schuhe, ein Paar Jagd-Schuhe, ein Paar Filz-Pantoffeln, 10 Paar Socken, 4 Paar Unterhosen, 2 Frackhemden, 6 gewöhnliche Hemden, mit der Firma „Bischof & Suda, Prag", 7 Paar Manschetten, 12 Kragen mit 46 cm Halsweite, sowie 15 Jagdwaden-Stutzel, seit 1. vor. Monats.

2) eine Kiste mit baumwollenen Taschentüchern, signirt: W. & S. 23", 181 kg schwer, am 25. vor. M.;

3) eine goldene Damen-Cylinderuhr mit Schlüsselaufzug, Nr. 9245, auf der Cuvette „Paul de Beaux" gravirt, Nickelne mit Schildchen, nebst kurzer rundgliedriger Talmikette mit Quaste, am 2. d. M.;

4) 14 bis 15 Meter Flanell, 105 cm breit, blau und olivfarbig gestreift, am 10. d. M.;

5) ein Geldtäschchen mit gelbem Bügel und gelbem Schlößchen, darin ein goldener Siegelring mit grünem Stein und ein Lotterie-Loos IV. Cl. Sächs. Lotterie Nr. 5245, am 10. d. M.;

6) eine Kiste mit Wollwaaren, 44 Kilo schwer, signirt: „S. 207", enthaltend 1 Dtzd. Manns-Socken, 2 Dtzd. Kinder-Strümpfe, 6½ Dtzd. Handschuhe, ½ Dtzd. Hosen, 1 Dtzd. Pulswärmer, 2½ Dtzd. Unter-Jacken, ½ Dtzd. blaue Arbeiter-Jacken, ½ Dtzd. Jagdwesten, sowie ½ Dtzd. Damenwesten, vom 10. bis 12. d. M.;

7) 6—8 Rollen Tachpappe à 10 m lang und 1 m breit, am 13. d. M.;

8) eine Handtasche, schwarzledern, mit Nickelbeschlägen, festem Kasten und Lederdeckel, enthaltend: ein Packet Thee, ein Fläschchen Arznei, 5 m grauen und 1 m gelben grangetupften Nesselstoff, am 15. d. M.;

9) 8 Stücke blaugedruckte Schürzen-Leinwand, am 15. d. M.;

10) ein Mädchen-Jacket von blauwollenem Stoff, mit rothwollenem Futter, am 14. d. M.;

11) ein Backen, signirt: „K. F. 8838", enthaltend 40 Meter roth- und schwarzcarrirten wollenen Stoff, am 14. d. M.;

12) ein Handwagen, 4rädrig, gelbbraun gestrichen, mit Kastenaufsatz, vom 16. bis 17. d. M.;

13) ein Portemonnaie, braunledern, mit goldem Bügel und Druckverschluß, enthaltend 144 Mark in 6 Doppelkronen, einer Krone, 2 Fünfmarkscheinen und einem Thaler, sowie kleinerer Münze, am 16. d. M.;

14) ein Regenschirm, schwarzseiden, mit gelbem Bambusstock, hexagonalem Griff von vernickelter Platte, am 16. d. M.;

15) eine goldene Uhrkette, aus kurzen breiten Gliedern bestehend, mit anhängendem 20-Markstück mit Bildniß „Kaiser Friedrich's" und Monogramm „A. H.", am 18. d. M.;

16) eine silberne Cylinderuhr mit Secunde und der Nummer 9855 (auf der Rückseite ein Pferd eingravirt), am 17. d. M.;

17) ein Geldtäschchen, grünledern, enthaltend 40 ₰ in zwei Doppelkronen, ein Verbandbuch der deutschen Krankencasse Nr. 1463, eine Liefige Wohnungskarte und ein Steuerzettel, sämmtlich auf „Albert Gaumann" lautend, am 18. d. M.;

18) 7 Stück neue baumwollene, unfertige Frauenröcke (sogenannte Reichenbacher Röcke), eine neue baumwollene Küchenschürze, ein Kopfkissen mit rothcarrirtem Kattun-Inlett und rothcarrirtem leinenen Ueberzug, vom 19. bis 20. d. M.;

19) ein Geldbetrag von 73 ℳ, in einer Doppelkrone (Hamburger Gepräge), einer Krone, 20 ℳ in Zehnpfennigstücken, 20 ℳ in Fünfpfennigstücken und 1 ℳ in Pfennigen, sämmtlich in Rollen verpackt, sowie 3 ℳ in Silber, vom 18. zum 19. d. M.;

20) eine silberne Damen-Remontoiruhr mit Goldrand und wappenähnlicher Verzierung auf der Rückseite, nebst anhängender, mattgoldener, doppelgliedriger Kette mit Quaste, ein Paar Damenstiefeletten von Glacéleder mit Gummieinsätzen, seit Anfang d. M.;

21) ein ausgeschlachteter Hammel mit Kopf, ca. 28 Kilo schwer (ohne Lunge und Leber), an beiden Seiten mit 6 Schnitten und mit dem Stempel „Roß" versehen, am 19. d. M.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder über den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 21. October 1889.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. K.

Bekanntmachung.

Wegen einer Reparatur an der Elsterbrücke bei Schleußig ist der Weg zwischen Kleinzschocher und Schleußig von Donnerstag, den 24. d. Mts., ab für allen Fahrverkehr bis auf Widerruf gesperrt.

Kleinzschocher, den 21. October 1889.

Der Gemeindevorstand. G. Rammelt.

Die Eröffnung der Skupschtina.

Mit dem Beginn der parlamentarischen Arbeit durch die neugewählte Skupschtina ist die radicale Partei in Serbien in den Vollbesitz der Herrschaft getreten. Der mit 84 von 95 Stimmen auf den Präsidentenstuhl berufene Führer der Radicalen Paschitsch hat sein Amt mit einer vernichtenden Kritik der frühern Herrschaft der Fortschrittspartei begonnen, welche er beschuldigt, das Ansehen und den Credit des Landes durch ihre Mißwirthschaft schwer geschädigt zu haben. Nach dieser Einleitung hat der Regent Nikitsch am 20. October eine Thronrede verlesen, die über die politische Lage des Landes überraschende Aufschlüsse giebt.

Bisher war bei den Freunden Serbiens nur eine Stimme darüber, daß die Abdankung des Königs Milan eine tadelnswerthe Handlung sei, durch welche Serbien in Verwirrung gestürzt, der Fortbestand der Dynastie gefährdet und Serbien Rußland in die Arme getrieben werden könnte. Die Thronrede belehrt uns im Gegentheil, daß der Rücktritt König Milan's eine That patriotischer Opferwilligkeit gewesen sei, welche eine neue Aera des fortgeschrittenen Parlamentarismus eröffne, da die Nation in König Alexander den Vertreter einer neuen glücklicheren Zeit erblicke. Trotzdem spricht die Thronrede von der innigen Dankbarkeit der Nation für die verdienstvolle nationale Dynastie, die sie durch zahlreiches Erscheinen bei der Salbungsfeier bekundet habe. Gleich darauf werden die großen Schwierigkeiten erwähnt, welche der Ordnung der Finanzen und Sicherstellung der Einnahmen entgegenstehen, dann aber wieder die geschehene Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat und die Wiederherstellung der Ordnung in der Kirche freudig begrüßt.

Nicht minder seltsam klingt, was die Thronrede von den auswärtigen Beziehungen sagt, indem sie erklärt, daß sie nicht zur freundschaftlich zu den Nachbarstaaten seien, sondern daß es auch gelungen sei, die bestehende Freundschaft mit den Mächten weiter zu entwickeln und durch neue werthvolle Errungenschaften zu ergänzen. Das Merkwürdigste an der Thronrede aber ist der Schlußsatz, in welchem die Regentschaft den festen Willen zu erkennen giebt, die Eintracht und den Frieden auf der Balkanhalbinsel zu pflegen und die selbstständige Entwickelung der dort wohnenden Völker anzustreben und zu fördern.

Zum Verständniß des Abschnittes der Thronrede, welcher von den auswärtigen Beziehungen Serbiens handelt, empfiehlt es sich, des vor einigen Tagen vom Wiener „Fremdenblatt" veröffentlichten Artikels zu gedenken, in welchem die Dreistigkeit und Ueberhebung der halbamtlichen serbischen Presse gegen Oesterreich in ihre Schranken gewiesen und schließlich bemerkt wird, daß ein derartiges Treiben in schroffem Widerspruch mit den Versicherungen der amtlichen serbischen Kreise gegenüber den Nachbarstaaten stehe. Das wäre also eine jener Errungenschaften, von welchen die serbische Thronrede rühmt, daß sie die bestehende Freundschaft zu den Mächten weiter entwickelt und ergänzt haben. Die serbische Thronrede ist von Anfang bis zu Ende ein Gewirr von Widersprüchen, die theils von der Unfähigkeit der Regenten und theils von ihrem bösen Willen Zeugniß ablegen. Was die Thronrede an König Milan als eine That patriotischer Opferbereitschaft rühmt, war das Zeichen des vollständigen Mangels an Willenskraft. Die Salbungsfeier, von welcher sie fabelt, daß sie ein Beweis der Dankbarkeit der Nation für die Verdienste der nationalen Dynastie sei, erhielt bekanntlich ihre Bedeutung erst durch die Anwesenheit des russischen Gesandten Persiani, abgesehen davon, gab sie dem Metropoliten Michael Gelegenheit zu zeigen, daß er wieder den maßgebenden Einfluß auf kirchlichem Gebiet ausübt.

Die Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat und die angebliche Wiederherstellung der Ordnung in der Kirche besteht in der Wiedereinsetzung des Metropoliten Michael in sein früheres Amt und in den Bestrebungen der Bischöfe, die Scheidung des Königspaares für null und nichtig zu erklären. Alles in Allem ist die Thronrede eine Verherrlichung des wachsenden Einflusses Rußlands in Serbien, und dann erklärt sie noch zum Schluß gleichsam bekennend, daß die Regentschaft die Eintracht und den Frieden auf der Balkanhalbinsel pflegen und die selbstständige Entwickelung der Balkanvölker anstreben und fördern wolle. Angesichts dieser Thronrede erscheinen die Verhandlungen der Regentschaft mit König Milan wegen der Zusammenkunft der Königin Natalie mit ihrem Sohne als eine Komödie, bestimmt, dem Auslande über die wahren Zustände in Serbien Sand in die Augen zu streuen. Die Regentschaft spielt offenbar doppeltes Spiel. Oesterreich speist sie mit zuckersüßen Redensarten ab und mit Rußland hält sie es. Und das ist auch der wahrscheinliche Sinn der Verhandlungen zwischen Paschitsch und Nikitsch. Beide haben sich über die Vertheilung ihrer Rollen verständigt. Paschitsch schießt die Fortschrittspartei als Sündenbock vor und Nikitsch betreibt die Kunst, Schwarz als Weiß auszugeben.

Die Thronrede verräth nur in einem Puncte Klugheit, und zwar darin, daß sie das Verhältniß zwischen König Milan und seiner geschiedenen Gemahlin mit Stillschweigen übergeht. Sie überläßt es dem Gutbefinden der Skupschtina, in dieser schwierigen Angelegenheit den ersten Schritt zu thun. Eine interessante Beleuchtung des Verhältnisses, in welchem Rußland zur Königin Natalie steht, giebt die jetzt im russischen „Regierungsboten" veröffentlichte Darstellung des gegen die Königin geplanten Eisenbahnattentats auf der Strecke Bukarest-Jassy. Dieser beklagenswerthe Vorfall ist alten Datums, die näheren Mittheilungen darüber im „Regierungsboten" bei Eröffnung der Skupschtina können also nur den Zweck haben, die Freunde der Königin an ihre Pflichten gegen die Königin zu erinnern.

Aus dem Inhalt der Thronrede läßt sich ermessen, welche aufregenden Scenen von der jetzt tagenden serbischen Skupschtina zu erwarten sind. An sich haben die Verhandlungen dieser parlamentarischen Körperschaft nur geringes Interesse, aber durch die Eigenschaft Serbiens als eines Hauptfactors der Entwickelung der Zustände auf der Balkanhalbinsel gewinnen sie einen typischen Charakter und dienen als Gradmesser für die Bestrebungen, welche sich in Zukunft auf der Balkanhalbinsel Geltung verschaffen wollen. In einigen Tagen, am 27. October, wird auch die Sobranje in Sofia zusammentreten, und auch dort werden die Verhandlungen ein Bild geben von den Kräften, welche in Bulgarien nach Entfaltung ringen. Wenn Stambulow in Vertretung des Fürsten es als Hauptziel der Regierung bezeichnet, die selbstständige Entwickelung des Balkanvölker zu fördern, so können wir ihm das aufs Wort glauben, denn kaum an irgend einer Stelle der Balkanhalbinsel ist der russische Einfluß so vollständig lahm gelegt, als in Bulgarien. Neben den Verathungen des deutschen Reichstages beansprucht gegenwärtig keine andere parlamentarische Versammlung der Welt die öffentliche Aufmerksamkeit in gleichem Maße, wie die Skupschtina in Serbien und die Sobranje in Bulgarien, weil sich daraus Schlüsse auf die brennende politische Frage Europas ziehen lassen.

Leipzig, 22. October.

* Aus Veranlassung der Vermählung der Prinzessin Sophie mit dem Kronprinzen von Griechenland haben die Gemeindebehörden von Berlin beschlossen, Glückwunschadressen an den Kaiser Wilhelm, an die Kaiserin Friedrich und an das Brautpaar zu richten, sowie ferner der Prinzessin Sophie als Angebinde der Stadtgemeinde ein Album mit Photographien von Berlin zugehen zu lassen.

* Einen belebenden Beitrag zu dem Capitel von den planmäßigen Zusammenarbeiten der Reactionaire und Radicalen liefert die folgende Notiz, welche durch die deutschfreisinnige und demokratische Presse die Runde macht:

Der gouvernementalen „Aachener Zeitung" wird aus Berlin geschrieben: „Der Kaiser liest regelmäßig die „Kreuzzeitung" und abonnirt auf sie; sie ist sozusagen sein Leibblatt. Andere Blätter liest er nicht stets, und in Bezug auf diese wird er sich allerdings wohl meist auf „Ausschnitte" beschränken, die ihm vorgelegt werden. Ebenso hält die Kaiserin den „Reichsboten", der als ihr Specialblatt zu betrachten ist. Der Kaiser hat sich in Bezug auf die „Kreuzzeitung" vor längerer Zeit folgendermaßen geäußert: „Ich halte als gebildeter Mann auch eine Zeitung, nämlich die „Kreuzzeitung", ich glaube aber noch längst nicht alles, was darin steht."

Dazu bemerkt die „Kölnische Zeitung":

Die Verbreitung dieser Meldung, welche sich zum größten Theil aus veralteten und unbeglaubigten Anekdoten zusammensetzt, hat natürlich den Zweck, die Wirkung des unzweideutigen Kaiserwortes abzuschwächen und den erschütterten Glauben an die Zukunftsreaction, an den mächtigen Rückhalt, den die Stöckerianer besitzen sollen, neu zu befestigen. Die „Aachener Zeitung" ist nicht gouvernemental, sondern ultramontan, und unterhält Beziehungen mit dem Dirigenten der katholischen Abtheilung der „Kreuzzeitung". Die protestantische Abtheilung der „Kreuzzeitung" hat unsere Angabe, daß dem Kaiser, der die „Kreuzzeitung" nicht lese, Ausschnitte aus derselben ebenso wie auch aus zahlreichen andern Blättern vorgelegt werden, ohne Widerspruch übernommen; ja, sie hat dieselbe in höhnischer Weise zu der Unterstellung benutzt, der Kaiser habe sich durch demselben zugestutzte Ausschnitte, durch ein Winkelblatt zu der Kundgebung gegen die reactionaire und cartellfeindliche Gruppe verleiten lassen. Während das Stöckerblatt in dieser Weise die Bedeutung der kaiserlichen Kundgebung abzuschwächen versucht, sucht man auf dem Umwege über Aachen von einer entgegengesetzten Seite aus dasselbe Ziel auf eine Weise zu erreichen, welche zu der Aeußerung der „Kreuzzeitung" im Widerspruch steht. Dies Verfahren kennzeichnet den Grad der Aufrichtigkeit, welche den verbündeten Radicalen und Reactionairen eigen ist.

* Seit dem Jahre 1871 ist bei keiner Volkszählung mehr in den sprachlich gemischten Provinzen Preußens nach der Muttersprache der Bewohner gefragt worden; doch läßt sich aus den Ergebnissen der 1886 vorgenommenen Zählung der Schulkinder, deren Familiensprache festgestellt wurde, ein ziemlich sicherer Schluß auf die Vertheilung und Stärke der einzelnen Nationalitäten ziehen. In der Provinz Westpreußen, ganz besonders aber in der Provinz Posen läßt sich ein sehr starkes Anwachsen der Polen nachweisen. Im Jahre 1871 lebten in dem Regierungsbezirk Bromberg 292 360 Deutsche und 258 500 Polen; die Deutschen waren also um 34 000 Köpfe stärker. Im Jahre 1886 wurden 51 613 deutsche, 53 013 polnische Schulkinder und 4879 Schulkinder, welche deutsch und polnisch in der Familie sprachen, ermittelt. Da die zweisprachigen Kinder fast durchweg polnischer Abstammung sind, so muß heute die Zahl der Deutschen im Bromberger Bezirke geringer als die der Polen sein; es muß mithin eine ansehnliche Vermehrung der polnischen Bevölkerung, theils durch Einwanderung aus Russisch-Polen, theils durch Polonisirung deutscher Familien, theils durch hohen Geburtenüberschuß, stattgefunden haben. Im Regierungsbezirk Posen zählte man 1871 392 430 Deutsche und 585 520 Polen; die Deutschen bildeten also ungefähr 40 Procent, die Polen 60 Procent der Bevölkerung. Im Jahre 1886 ermittelte man 61 760 deutsche, 134 373 polnische Schulkinder und 7628 Kinder, welche in der Familie polnisch und deutsch sprachen. Es sprachen also nur etwa 30 Procent der Schulkinder deutsch, 3½ Procent polnisch und deutsch und 66½ Procent polnisch. Selbst wenn die polnischen Familien kinderreicher als die deutschen wären, würde sich immer noch ein sehr starkes Anschwellen des polnischen Elements in verhältnißmäßig kurzer Zeit ergeben. Hohe Zeit war es deshalb, daß die preußische Regierung im Verein mit der Volksvertretung umfassende Maßregeln ergriff, um die deutsche Bevölkerung Posens von den Polen nicht überwuchern zu lassen. Hohe Zeit war es, daß man eine neue deutsche Colonisation in Posen und Westpreußen ins Werk setzte und die polnische Sprache in den Schulen immer mehr durch deutschen Unterricht zurückdrängte.

* Der Oberlandesgerichtspräsident in Königsberg hat der „Königsberger Hartung'schen Zeitung" einen drei Spalten langen Bericht über eine Landgerichtssitzung eingesandt und deren Abdruck auf Grund des Preßgesetzes verlangt, weil der Bericht der „Königsberger Hartung'schen Zeitung" über die betreffende Gerichtsverhandlung „begründete Zweifel an der Unbefangenheit der Beurtheilung seitens des erkennenden Gerichts bei dem Publicum erwecken müßte und auch in der That vielfach hervorgerufen habe." Als vorgesetzte Dienstbehörde sei er berechtigt wie verpflichtet, einer derartigen, durch jenes Referat veranlaßten Auffassung der Amtsthätigkeit des königlichen Landgerichts entgegenzutreten. Für die das Maß der zu berichtigenden Mittheilung überschreitenden Zeilen würde auf Erfordern die übliche Einrückungsgebühr entrichtet werden. Die „Königsberger Hartung'sche Zeitung" druckt diesen amtlichen Bericht über die Gerichtsverhandlung (es handelt sich um einen unpolitischen Wucherprozeß gegen zwei Königsberger Kaufleute) ab, obgleich derselbe nach ihrer Ansicht eine Berichtigung im Sinne des Preßgesetzes nicht darstellt. — Bisher ist diese unmittelbare Einwirkung der Gerichte auf die Berichterstattung über Gerichtsverhandlungen nicht üblich gewesen.

* Wie schon gemeldet, ist der Termin zur Hauptverhandlung in dem Elberfelder großen Socialistenproceß auf den 18. November angesetzt. Es waren ursprünglich 330 Personen in Untersuchung gezogen, von denen jedoch 202 auf den Antrag der Staatsanwaltschaft ausschieden. Von den 128 in Anklagezustand Versetzten sollten noch weitere 72 durch den Rathskammerbeschluß außer Verfolgung gesetzt werden; es wurden jedoch nach dem Beschlusse des Kölner Oberlandesgerichtes 34 wieder hinzugefügt, so daß im Ganzen 90 Angeklagte und außerdem noch der zuerst als Zeuge aufgeführte, nun aber ebenfalls in Anklage versetzte Agitator und Redner vor Gericht erscheinen werden.

* * *

* Auch im letzten Vereinsjahre hat der unter der Leitung des Großkaufmanns J. Taschek in Budweis stehende deutsche Böhmerwaldbund eine recht günstige Entwickelung genommen. Die Zahl der Bundesgruppen ist auf 173 gestiegen, von denen sich 116 im Thätigkeitsgebiete selbst befanden, während 57 sich auf das übrige Böhmen, auf Mähren, Ober- und Niederösterreich und auf die südlichen Kronländer vertheilten; die Zahl der Mitglieder wuchs auf 20 000. An regelmäßigen Einnahmen hatte der Bund 7240 fl., an außerordentlichen Einnahmen aber 27 210 fl. zu verzeichnen. Letztere Summe wurde ausschließlich dazu verwendet, die große Noth der armen Bewohner des deutschen Böhmerwaldes im verflossenen Winter zu lindern. Die regelmäßigen Gesammtausgaben beliefen sich auf 7088 fl. Von dieser Summe wurden für wirthschaftliche Zwecke fast 71 Proc., für nationale Zwecke 13 Proc., für Touristik 2 Proc. und für die Verwaltung fast 6 Proc. verwandt. Der Rest diente zur Vermehrung des Stammvermögens. Wie in früheren Jahren, hat sich auch neuerdings die Bundesleitung eifrig bemüht, die arme deutsche Bevölkerung im südwestlichen Böhmen wirthschaftlich zu kräftigen. So wurden in vielen Orten Weidenpflanzungen errichtet, um die Korbflechterei daselbst einzubürgern; zahlreiche Bundesgruppen wurden mit Obstbäumen versorgt, um den Obstbau, der auch sehr im Argen liegt, zu heben. Nicht wenige Gemeinden erhielten landwirthschaftliche Maschinen, sowie Saatkartoffeln und Saatgetreide. Gewerbliche Fachschulen wurden mehrfach unterstützt, wie auch junge Leute, welche die Holzindustrieschulen zu Bergreichenstein und Wallern besuchten, Stipendien empfingen. In Rudolfstadt und Neuern schritt man zur Einführung der Spitzenindustrie. Auf dem Gebiete der Stellenvermittlung wurden bessere Ergebnisse als früher erzielt; gerade diese Arbeit ist von hervorragender Wichtigkeit, weil die sprachlich gemischten Orte, z. B. Budweis und die umliegenden 21 überwiegend deutschen Dörfer, Prachatitz, Krumau, Winterberg, Bergreichenstein u. a. nur durch Zuwanderung deutscher Lehrlinge, Gehülfen, Dienstboten und Arbeiter mit der Zeit wieder mehr deutsch werden können. Deutsche Bibliotheken wurden in größerer Zahl in verschiedenen Orten aufgestellt und deutsche Schulen mehrfach unterstützt. Der von der Bundesleitung herausgegebene „Führer durch den Böhmerwald" fand große Verbreitung. Der von den Gegnern errichtete czechische Böhmerwaldbund hat bisher nur wenig geleistet und dürfte auch in Zukunft dem deutschen Böhmerwaldbund nur geringe Schwierigkeiten bereiten.

* Die Wiener Blätter erörtern andauernd die politische Bedeutung des Besuches Kaiser Wilhelm's II. in Konstantinopel. Die „Neue Freie Presse" sagt hierüber:

„Die Reise selbst als Thatsache sei ein politisches Ereigniß ersten Ranges. Sultan Abdul Hamid kann nicht wenig darauf stolz sein, daß ihm, trotzdem sein Reich vor 11 Jahren unter den Schlägen des Mißgeschicks zu erliegen drohte, die Genugthuung vorbehalten blieb, einen der mächtigsten Souveraine Europas in Pildiz Kiosk zu beherbergen. Es sei ein Beweis für die große Lebenskraft der Türkei, wenn der deutsche Kaiser kommt, um die persönliche Bekanntschaft des Sultans zu machen, und jedenfalls bilde der Halbmond in den Zukunfts-Eventuals der europäischen Diplomatie noch eine unbekannte Größe, da Wilhelm II. dem türkischen Großherrn diese Aufmerksamkeit erweist, die er den übrigen Souveränen erwies. Nur scheinbar kreise diese Reise ihre Spitze gegen Rußland, und nur anscheinend bezwecke sie den Anschluß der Türkei an die Tripel-Allianz. „Die Tripel-Allianz", heißt es dann, „erfüllt ihre Friedensmission auch ohne jede Verstärkung ihrer Machtmittel, sie ist nicht aggressiv und bedroht Rußland nicht, und wenn einmal ein Zusammenstoß zwischen ihr und Rußland unvermeidlich wäre, so würde die Türkei durch ihren Beitritt von selbst an die Seite derjenigen Mächte getreten sein, welche die Westmächte Europas gegen Rußland zu vertheidigen hätten. Die Türkei braucht nicht erst förmlich an die Tripel-Allianz gebunden zu werden, sie ist deren natürlicher Bundesgenosse, weil Rußland ihr natürlicher Feind ist. Aber der Besuch Wilhelm's II. giebt der Türkei die staatliche Selbstbewußtsein wieder, er zerstört das Mißtrauen, welches Abdul Hamid auch gegen diejenigen europäischen Mächte gehegt hat, welche in der Erhaltung der Türkei eine Friedensbürgschaft erblicken." Das Blatt schließt seine Ausführungen mit den Worten, daß Wilhelm II. nach Konstantinopel geht, um der politischen Freundschafts-Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei zu befestigen; dieser Zweck konnte diese konnte auch den Verbündeten Deutschlands zu Statten, deren Interesse fast noch dringender als dasjenige Deutschlands, die Erhaltung der Türkei, ihre moralische und materielle Kräftigung fordert."

Das „Neue Wiener Tageblatt" hebt den Nutzen hervor, welchen die Reisen des deutschen Kaisers dem Frieden Europas brächten, und sagt:

„Die gründlich haben sich Diejenigen getäuscht, die nicht an die Mäßigung und Selbstbeherrschung der deutschen Politik hatten glauben wollen! Und mit welcher Treue und zugleich welchem Erfolge vollbrach der jugendliche Kaiser Wilhelm II. die Friedensmahnungen, die seinem Großvater Wilhelm I. auf den Lippen schwebten, als er, von den Völkern als Friedensfürst verehrt, sein thaten- und ruhmreiches Leben beschloß!" Die politischen Früchte der Reisen des deutschen Kaisers seien nicht mehr zu bezweifeln. Seiner Fahrt nach St. Petersburg folgte der Empfang in Berlin, der erschöpfend dazu beigetragen hat, manche noch vorhandene Spannung zwischen Rußland und Deutschland zu lösen. In den Gewässern von Spezzia und Kiel wurde das letzte Mißtrauen zwischen England und Deutschland beseitigt, und ersteres kann als gewonnen für die deutsche Friedensliebe gelten. Kaiser Wilhelm's Reisen durch die deutschen Gaue haben die Reichstreue der Bundesfürsten neu befestigt, und zu Berlin ist die durch die Fahrten des Kaisers nach Wien und Rom besiegelte Freundschaft mit Italien und Oesterreich-Ungarn durch die begeisterte Zustimmung der Bevölkerung gewicht worden. Selbst in russischen Blättern seien seit dem Besuche des Zaren in Berlin die Mißtöne aus der neue Friedenskreis Kaiser Wilhelm's II. nach Athen und Konstantinopel verstummt. Aus wichtigen aber, schließt das Blatt, sei diese Reise für die Türkei. „Der Sultan sieht, wenn Nutz wünschenswerth und geeignet, sich möglichst der Berührung mit Allem zu entziehen, was aus dem Westen kommt, weiß die Ehre und Bedeutung des Besuches Kaiser Wilhelm's wohl zu schätzen. Ist derselbe doch eine wirksame Anerkennung und Bestätigung der Stellung des Sultans in der europäischen Staatenordnung, eine Besiegelung jener auch ihm, und zwar ihm nicht zuletzt, zu Statten kommenden friedlichen Politik des Dreibundes, die den ganzen Erdtheil vom Nordkap bis zur Nordsee zu umfassen bestrebt ist. Auch der Türkei ist durch den Kaiserbesuch angekündigt, daß sie in den nach allen Seiten gesicherten Frieden wieder ihre unseren Kräfte zusammenfassen und die Schwierigkeiten ihres für die europäische Ordnung nicht wohl zu entbehrenden Bestands überwinden kann."

* Die katholische Geistlichkeit Ungarns führt mit dem Protesten gegen jene Kisdorer Rede des Kaisers fort, in welcher der Monarch einer zur Begrüßung erschienenen Deputation des katholischen Klerus die Pflege der Eintracht unter der Bevölkerung ans Herz gelegt hat. Der neueste Protest geht von dem Kapitular Decanat aus und schlägt bereits einen höchst sonderbaren Ton an. Es wird darin das Befremden ausgedrückt, daß der Kaiser für die Deputation der katholischen Geistlichkeit in Kisdor kein huldvolles Wort, sondern nur eine Ermahnung hatte. Der Protest legt dies dem Ministerpräsidenten zur Last, der nach parlamentarischer Auffassung für alle durch ihn veranlaßten Aeußerungen des Monarchen verantwortlich sei; deshalb könne die Tatsache, daß Worte des Königs verletzend waren, nicht als ein Vergehen gegen die Loyalität betrachtet werden.

* Unter den beim dalmatiner Landtag eingegangenen Anträgen befindet sich auch der der Opposition, die Reincorporirung Dalmatiens betreffend; derselbe wird einer Commission von 11 Mitgliedern überwiesen werden.

* Man schreibt der „Schlesischen Zeitung" aus Rußland: Die Noth mit den falschen Fünfundzwanzig-Rubelscheinen wird immer größer; Niemand will sie mehr annehmen, die Bank ist vollständig und für die übertriebensten Gerüchte Thür und Thor geöffnet. Die Falsifikate sollen eigentlich keine Falsifikate, sondern Drucke über die Auflage sein, die wahren Angestellte in der „Expedition zur Herstellung der Staatspapiere" zu ihrem Besten veranstalteten — mit einem Worte, es habe an der rechten Controle gefehlt. Vielleicht bewahrheitet sich dieses Gerücht nicht. Einstweilen ist aber die Thatsache zu registriren, daß ein früherer Beamter der „Expedition", der vor etwa zwei Jahren verabschiedet wurde und ins Ausland zurückkehrte, weil er nicht russischer Unterthan werden wollte, kürzlich zurückberufen und unter